

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3667.
Für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3688-3693. Telegramm-Adresse:
Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 160. Wöchentlich 1 Mark.
Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellseld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Mitsch,
Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile
20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. · Nr 119 · B 59

MITTWOCH, 11. MÄRZ 1931

ABEND-AUSGABE · V

Geschäfte mit Moskau

Die deutschen Industriellen sind aus Russland zurückgekehrt. Wie man sagt, mit zufriedenen Mienen. Sie hoffen auf größere Bestellungen. Darüber muß man sich freuen, wenn auch abzumachen bleibt, wie die Kreditfrage gelöst wird.

Es handelt sich um ein Geschäft. Nicht mehr und nicht weniger. Ein Geschäft, bei dem beide Teile ihre Rechnung zu finden hoffen. Es ist also nicht etwa so, wie manchmal die Blätter schreiben, daß die großindustrielle Sowjetregierung den um Aufnahme wühlenden deutschen Kapitalisten einen Brocken hinwirft und zugleich damit den deutschen Arbeitern eine Oseffigkeit erweisen will. Das sind Geschäften aus der Kistenfabrik. Die deutschen Industriellen sind nicht wie arme Felle behandelt worden, die man auf die Sinter-treppe werfend, sondern ganz im Gegenteil! Man hat ihnen einen Empfang bereitet, der bester Beweismittel für die besten Beziehungen zwischen den beiden Völkern ist. Man hat ihnen alle Bequemlichkeiten verschafft und den größten Wert darauf gelegt, ihnen die wirtschaftliche Entwicklung Russlands im günstigsten Licht zu zeigen. Man hat um die Kleinsten geachtet, was auch bei jenen Völkern sonst selten geschieht. Jedemfalls hat man von Vorfürsorge und Klugheit mehr Weisens gemacht als von dem Wunsch deutscher Kommunistenführer, um die man freilich auch nicht werden braucht, weil sie ohnedies zur Begreifung verpflichtet sind.

Wenn man sich die Geschäfte perfekt werden, die in Moskau angedacht worden sind, betrachtet, hat man fast prinzipielle Einwendung. Die deutschen Wirtschaftsführer sind nicht Kommunisten geworden und die russischen Machthaber bleiben, was sie sind. Fragen der Befähigung und der großen Politik müssen außer Betracht bleiben. Höchstens befragt die russische Seite und ihr Ergebnis, daß maßgebende Kreise nicht daran denken, sich an Kampfnahmen irgendwelcher Art gegen den Sowjetstaat und seine wirtschaftlichen Experimente zu beteiligen.

Gänzlich abwegig ist es auch, wenn der deutschnationale „Weltkämpfer“ die Seite nach Moskau in Gegenwart der Seite Putzners nach Paris stellt und behauptet, die „politische Verantwortung“ erfordere es, getrieben, daß man auf dem Moskauer Erfolg fortbaue. Luther hat bei den Verhandlungen der Internationalen Bank die Vertragspartner davon hingewiesen, daß die deutschen Zeitungen aus dem Young-Plan die Oseffigkeit langfristigen Kredits und billiger Kapitalverrechnung vorantreiben. Eine Weiterung des einen Teil der Realisationsbedingungen, der zu dem Programm der Reichsregierung gehört. Erstreckt wird dieser Feind durch die interpolitische Forderung Deutschlands, die von der rechtsradikalen Opposition unter Führung Augenbergs mit allen Mitteln betrieben wird. Wenn durch die vereinigten Bemühungen der Rechtsradikalen die Staatsautorität immer wieder erschüttert wird, so trägt die deutsche Wirtschaft die Kosten dafür in Form überhöhter Zinsen und unversicherter Zinsen. Eine Politik, die in ihrer Befähigkeit jede politische Maßnahme zu sabotieren versucht, um das „System“ zu treffen, wird tatsächlich für einen Systemwechsel nach anderer Art, als sie glaubt. Der Rechtsradikalismus arbeitet dem Wirtschaftsalismus vor, und die schwarzen Bauernfamilien, mit denen die Rechtsradikalen demonstrieren, können leicht die rote Farbe annehmen.

So blind ist die Gegenpolitik gegen die Rettungsarbeit, die gemeinsam von den Regierungen des Reichs und Freunds betrieben wird, daß der deutschnationale Zeitungsredakteur förmlich zu einer Oseffigkeit in der Orientierung u g drängt, das heißt zu einem Abhängigkeitsverhältnis von dem Moskauer Machthaber. Das hat bei Politik, insbesondere mit Außenpolitik, nichts mehr zu tun. Das ist Gefahr ohne Aussicht auf Gewinn, ist glatter Selbstmord.

Die Industrieführer sind glänzend beimgelacht. Sie werden die feierliche Aufnahme, die ihnen brühen zuteil geworden ist, nicht überdauern, sie werden als niedrige Oseffigkeit der großen Zusammenhänge bewußt bleiben und es entscheiden ablehnen, sich in den Streit der Orientierungen zu mischen, der in der deutschen Lage des deutschen Volks nicht nur nötig, sondern gefährlich ist. J. E.

Sir Basil Zaharoff im Sterben

Sir Basil Zaharoff, einer der größten Männer Europas, liegt im Sterben. Er hat sich entschlossen in Rom zu sterben. Die Ärzte haben die Hoffnung nicht aufgegeben, daß sich der Kranke, der eine ungeschwächt robuste Konstitution hat, noch einmal erholt.

Banzerkreuzer B bewilligt

Bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten

Der Marine-Etat einschließlich Panzerkreuzer B ist heute im Haushaltsausschuß des Reichstages mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Kommunisten angenommen worden. Die Sozialdemokraten übten Stimmhaltung mit einer Begründung, die nachfolgend folgt:

„Es ist Ihnen bekannt, daß die sozialdemokratische Fraktion den bisher angeforderten Voten für den Bau des Panzerschiffes „A“ ihre Zustimmung verweigert hat. Sogleich liegt die für den Bau eines Panzerschiffes B, gegenüber dem Panzerschiff „A“ eine andere Stellung einzunehmen. Von allem anderen abgesehen, erinnert sie aber an die Erklärung, die der Reichsausschuß mit der Beratung des vorjährigen Haushalts seines Ministeriums am 6. Mai 1930 in diesem Ausmaß abgegeben hat. Der Reichsausschuß stellte damals fest, daß er auf die Einlegung einer ersten Rate für das Panzerschiff „B“ in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage verzichtet habe, nachdem im Reichstagesabstimmung in einer besonderen Entscheidung festgesetzt worden sei, daß mit dem Jahre 1931 ein Schiffbauetat, der auch den Bedarf der Kriegsschiffe enthalten sollte, vorgelegt wird.“

Die Haushaltslage des Jahres 1931 ist noch angespannter als die des Jahres 1930, es wäre also nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion für die Einlegung aller Raten gegeben, auch diesmal auf die Inangriffnahme des Panzerkreuzers B zu verzichten.

Wenn nun von Seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien in diesem Zusammenhang auf die interpolitische Gesamtlage hingewiesen wird, so verhält sich auch die sozialdemokratische Fraktion nicht anders, als wenn es sich um die Wiederherstellung des demokratischen Regimes und die Wiederherstellung des demokratischen Regimes und die Wiederherstellung des demokratischen Regimes handelt. Die Sozialdemokraten sind der Meinung, daß die interpolitische Gesamtlage die Einlegung aller Raten für den Panzerkreuzer B nicht rechtfertigt, sondern nur die Einlegung einer ersten Rate. Sie ist aber gerade deshalb unter allen Umständen das Beste, was verlangt, das man überhaupt der Fiskus zum Besten

Aus Russland zurück

Industrieführer über ihre Eindrücke

Heute morgen um 11/10 Uhr traf auf dem Scharfstein Bahnhof mit dem Reichsleiter die Russland-Delegation der deutschen Industrie ein, der u. a. Richter, Vorfürs, Pöschgen, Kästgen, Wessler und Busch angehörten.

Der Reichsleiter an der Spitze wurde uns versichert, daß die Verhandlungen mit dem obersten Wirtschaftsrat in Moskau ein durchaus erfreuliches Ergebnis gehabt hätten: Das russische Lieferungsabkommen mit Deutschland werde wesentlich vergrößert werden, so daß sich der Export deutscher Waren, vor allem von Elektro- und Elektrogeräten, nach Russland bereits in den nächsten Monaten erheblich steigern werde.

Weber die Kreditfrage habe man in Moskau noch nicht abschließend getroffen. Es ist bekannt, daß die russische Regierung ursprünglich auch deutsche Bankiers eingeladen hatte. Die Kreditverhandlungen und die Beziehungen mit den Bankiers werden aber vorläufig noch in einigen Wochen in Berlin stattfinden.

Die deutsche Industriedelegation wurde in Russland mit besonderer Gastfreundschaft behandelt. Selbstverständlich wurden ihnen die besten Zimmer der besten Hotels zur Verfügung, eine besondere Rücksicht wurde für sie in Betracht. Die für den Export nach Moskau, Pöschgen und Kästgen haben ihnen dauernd Privatautomobile zur Verfügung. In der reichspolitischen Grenze erwarteten sie drei ganz neue, sehr komfortable eingerichtete Galonnen, die für alle Fahrten durch Russland bestimmt waren. Der Leiter des obersten Wirtschaftsrates gab den Industriellen ein festliches Bankett. Es wurde ebenfalls nichts unterlassen, den Gästen zu beweißen, wie sehr man sie zu ehren wünsche.

Empfang beim Reichsleiter

In dem Empfang der Industriellen Vorfürs, Richter, Vöndt und Krupp von Vöndt und anderer durch den Reichsleiter nahmen die Reichsminister Dr. Dietrich, Dr. Curtius und Dr. Sie-

gländer der Regierung vorgenommen wird, zummindest die finanzielle Belastung, die durch das Glattensprogramm erwirkt wird, durch eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung ausgeglichen wird.

In diesem Zweck wird sie bestimmte interpolitische Anträge einbringen, und sie erwarten gleichzeitig ein Entgegenkommen gegenüber ihren Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, kann eine endgültige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den angeforderten Schiffbauarbeiten erfolgen. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung über die angeforderte erste Rate für den Bau des Panzerschiffes B im Ausmaß der Stimmhaltung enthalten.

Die Stimmhaltung der Sozialdemokraten führte im Haushaltsausschuß von vornherein die Mehrheit für den Panzerkreuzer „B“, für den mit den anderen bürgerlichen Parteien auch die Staatspartei die Mittel bewilligen will. Die sozialdemokratische Erklärung ist sehr abgemessen. Vorgangestellt wird, daß alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regimes-Systems interessierten Parteien aus der interpolitischen Situation gewisse Schlusfolgerungen zu ziehen haben. Die Sozialdemokratie schließt sich von dieser Pflicht nicht aus.

Die finanzielle Entlastung, die sie begehrt, soll auch eine politische Entlastung sein. Das Entgegenkommen auf sozialpolitischem Gebiet soll in einer Erklärung der Regierung bestehen, daß für die nächste Zukunft eine neue Wohnbauaktion nicht geplant werde. Die steuerpolitischen Anträge, die bereits mitgeteilt wurden, seien eine höhere Belastung der Einkommen und Steuerzulagen vor bei Einkommen, die 20 000 Mark übersteigen. Das Wohnbauprogramm soll ausreichen, die Stellen für den Bauarbeiter zu decken. Die Verhandlungen darüber, die schon im Februar begonnen wurden, werden noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Siehe auch zweite Seite

Elektroanlagen und Maschinen bestellt

Die Tatsache, daß die deutschen Industriellen auf ausdrückliche Einladung der Sowjet-Regierung nach Russland gegangen sind, beweist, welchen Wert man dort auf die deutsche Mitwirkung an der Durchführung des großen Investitionsprogramms für den Aufbau der russischen Industrie legt. Demnach ist es sich, wie wir hören, hat von den deutschen Lieferungen in erster Linie um Produktionsmittel, namentlich um Elektroanlagen, sowie Maschinen für Bergwerke und Fabriken und endlich um Eisenbahnmateriale handelt. Daneben sind weitere Bestträge über die sogenannte „Technische Hilfe“, d. h. die Mitarbeit deutscher Ingenieure und Qualitätsarbeiter, sowie die Bereitstellung deutscher Erhebungen und Patente für die Entwicklung der russischen Industrie vorsehen.

Die Verhandlungen, die zwischen den in der Delegation vertretenen deutschen Firmen und den Sowjetländern getroffen worden sind, können freilich erst Hauptkriterien erlangen, wenn in Berlin die Frage der Finanzierung der Russen gegen Wert auf langfristige Stundung des Kaufpreises und auf ein solches auf dem Gebiet der Arbeit gestiftet ist.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dabei in einigen Fällen eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und anderen am Russland-

